

Redebeitrag

Plenum, 21.09.2015

Rede zur Regierungserklärung vom 15.09.2015

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident, Mitglieder der Regierung im Parlament,
Werte Mitbürgerinnen und Mitbürger der DG,

im meinem Redebeitrag werde ich auf die Flüchtlingsproblematik eingehen, mein Kollege Michael Balter wird etwas zu den anderen Punkten der Regierungserklärung sagen. Auch wird er kurz auf die Ursachen Hintergründe dieser Krise eingehen.

Von meiner Seite zu den Ursachen nur so viel: Herr Pasch hat in seiner Regierungserklärung einige Ursachen und richtigerweise auch die Mitverantwortung der EU angesprochen. Schade Herr Paasch, dass Sie Ihre eigene Mitverantwortung nicht erwähnt haben.

Ich spreche von den Freihandelsabkommen, den sogenannten EPAs den Europäischen Partnerschaftsabkommen, die wir vergleichen können mit dem Freihandelsabkommen TTIP, was hier momentan in aller Munde ist.

Und zurecht wehren sich viele Bürger und Bürgerorganisationen und auch viele Politiker denn was dort geplant ist, ist eine Entmündigung des Bürgers und dient Interessen großer Konzerne.

Leider wird viel weniger über die Freihandelsabkommen gesprochen, die die EU mit Dritte-Welt-Ländern mit vielen asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten aushandelt die eine ähnliche Funktionsweise haben und auch zum Ziel führen, dass europäischen Konzernen diese Märkte sich öffnen.

Dies hat wirtschaftliche Konsequenzen, Konsequenzen für die Bürger vor Ort, es führt zu Existenznot und dies ist mit ein Grund weshalb die Bürger ihre Länder verlassen.

Ich muss da auch hinzufügen, dass auch in diesem Haus viele Kolleginnen und Kollegen in der Vergangenheit diesen Verträgen zugestimmt haben, wir haben immer gewarnt und gesagt, dass durch diese Verträge sehr schwere Konsequenzen entstehen und dies ist in diesem Haus ignoriert worden. Schade!

Nach wie vor sind wir der Meinung, dass den Flüchtlingen kurzfristig geholfen werden muss. Eine Einwanderungspolitik ohne Wenn und Aber lehnen wir kategorisch ab.

Wie inzwischen fast alle Politiker der DG sind wir weiterhin der Meinung, dass die Ängste und Sorgen der einheimischen Bevölkerung ernst zu nehmen sind. Dies bedeutet für uns aber im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht, den Menschen ihre angebliche Angst vor den Flüchtlingen zu nehmen. Die Bürger haben Ängste und Sorgen vor den Problemen, die so eine massive Einwanderung mit sich bringt. Es bedeutet für uns auch nicht, den Einheimischen klarzumachen, dass ein dauerhafter Verbleib von Flüchtlingen in unserem Land für unsere Zukunft notwendig sei.

Wir brauchen keine Migration zur Lösung unserer Probleme, wie beispielsweise dem demographischen Wandel.

Viele der von Vivant-Ostbelgien schon seit Jahren unterstützten Ideen, wie die drastische Vereinfachung der Steuergesetzgebung, das bedingungslose Grundeinkommen und die allgemeine Reduzierung der Bürokratie in Verbindung mit einem dem Bürgern dienenden Finanzsystem, sind machbar und bieten nachhaltige Lösungsansätze, hier könnten erhebliche Mittel und humane Ressourcen freigesetzt und für sinnvollere Tätigkeiten eingesetzt werden.

Die Funktionsweise der klassischen Politik, welche uns in diese Schwierigkeiten geführt haben, wird uns sicher nicht aus diesen Schwierigkeiten herausführen. Schon gar nicht mit einer Migrationspolitik, wie sie jetzt u.a. vom Ministerpräsidenten angedeutet wird. Nein, die Sorgen und Ängste der Menschen in der DG ernst nehmen bedeutet, klare Regeln und Grenzen in Sachen Migration und Integration. **Es bedeutet zuerst aber auch alles dafür zu tun, dass die Flüchtlinge in ihrer Heimat lebenswerte Bedingungen vorfinden, damit der Flüchtlingsstrom endlich endet und viele Menschen zu ihren Wurzeln zurückkehren können.** Dies bedeutet klar Position gegen Ausbeutung und Kriegstreiben, auch der EU, zu beziehen und dementsprechend zu handeln.

Zum Beispiel bei den betreffenden Abstimmungen hier in diesem Haus.

Und hier möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident, fragen ob Sie sich in Zukunft dann auch bei solchen Abstimmungsverträgen hier in diesem Hause dagegen aussprechen werden und ob Sie dort überall wo Sie können, diese Meinung, diese Mitverantwortung der EU und der Mitverantwortung der Nationalstaaten, die Sie hier in diesem Haus angesprochen haben in

Ihrer Regierungserklärung, auch dort ansprechen werden, so zum Beispiel bei der Interministeriellen Konferenz in Brüssel.

Die belgische Integrationspolitik der letzten Jahre, wenn man sie denn als solche bezeichnen darf, ist gescheitert.

Überall sind Parallelgesellschaften entstanden und von Integration kann man sicherlich nicht reden. Viele Belgier fühlen sich im eigenen Land fremd und diese Sorgen sollten die Verantwortlichen der Regierungen ernst nehmen, ohne mit blumigen Worten die Sache zu verschönern.

In der Integrationspolitik sollte grundsätzlich gelten:

„Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie ein Römer.“

Länder wie Kanada praktizieren seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Integration, mit einem Nebeneinander, welches für alle Seiten gut funktioniert.

Ja wir können voneinander lernen, aber ein dauerhaftes Zusammenleben wird nur funktionieren wenn gegenseitiger Respekt die Basis allen Handels ist.

Auch wenn viele versuchen, jegliche Kritik am Umgang mit der Flüchtlingskrise als Rechtspopulistisch zu bezeichnen, werden wir weiterhin an den gesunden Menschenverstand appellieren und unsere Meinung in dieser Angelegenheit kundtun.

Wir verurteilen jeglichen Radikalismus gleichermaßen. Auch den, der das in Frage stellen der derzeitigen Politik in dieser Angelegenheit tabuisieren möchte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!